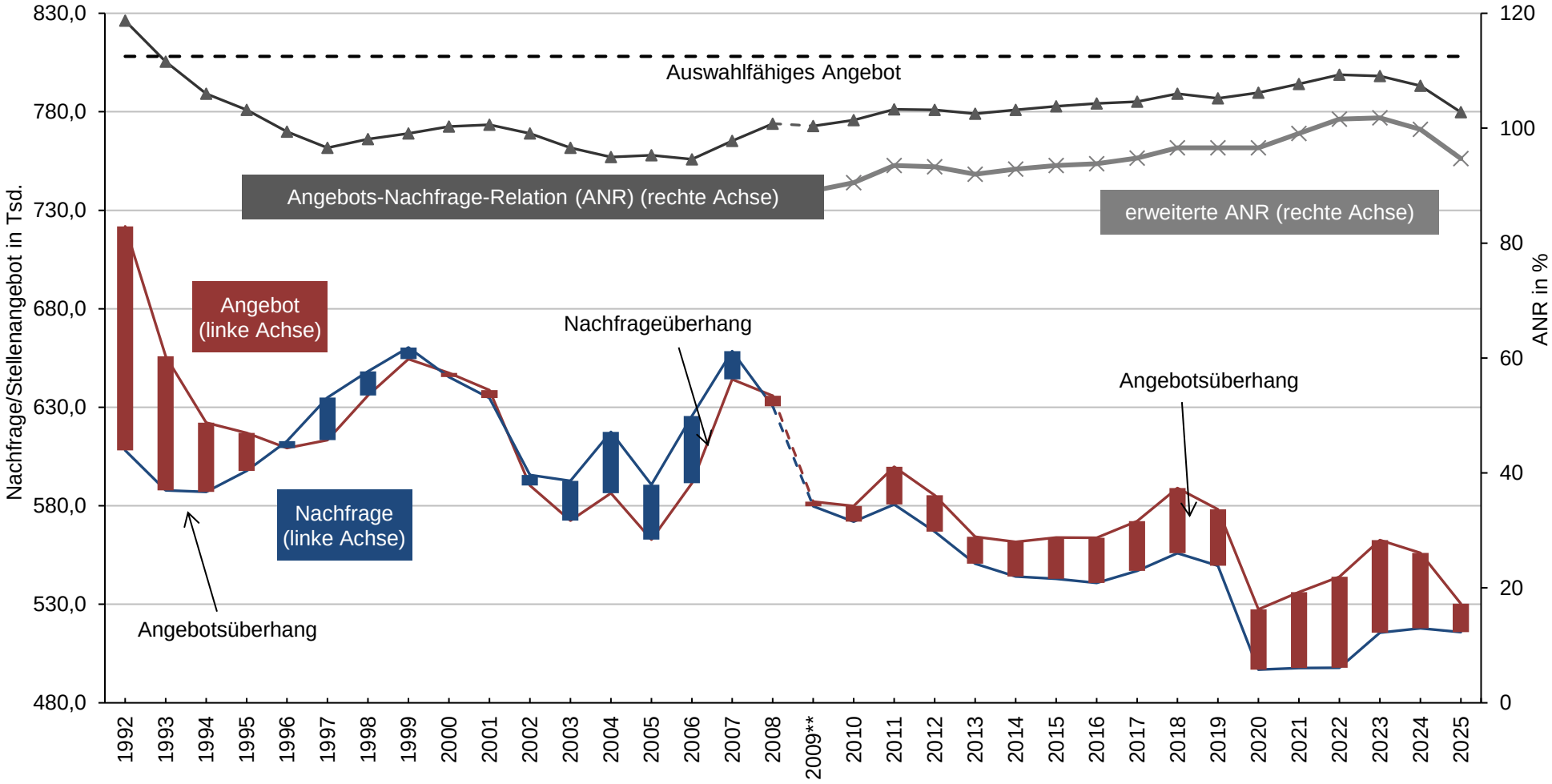
Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt 1992 - 2025*

Stellen in Tsd. und Angebots-Nachfrage-Relation in %, Gesamtdeutschland



* Jahresdaten beziehen sich auf Berichtsjahre (1.Oktober eines Jahres bis 30.September des folgenden ausgewiesenen Jahres).
** Angaben ab 2009 inklusive kommunaler Träger. Zudem ist aufgrund von Datenrevisionen der Vergleich zu früheren Jahren nur eingeschränkt möglich.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (zuletzt 2026): Datenreport zum Berufsbildungsbericht

Sozialpolitik-aktuell.de

Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt 1992 - 2025

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt wird durch das Verhältnis von Ausbildungsstellenangebot zu Ausbildungsstellennachfrage bestimmt. Die Ausbildungsstellen werden von den ausbildenden Betrieben angeboten, die Nachfrage setzt sich aus den Jugendlichen zusammen, die einen Ausbildungsplatz suchen. Das Ausbildungsangebot betrug im Jahr 2025 bundesweit 530.334. Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen lag mit 515.817 etwas darunter. Kam es im ersten Jahr der COVID-19-Pandemie 2020 zu einem starken Rückgang, folgten darauf drei Jahren mit Anstiegen des Angebots. Im Jahr 2024 ging das Angebot allerdings wieder zurück und auch für das Jahr 2025 ist ein deutlicher Rückgang (ca. -26 Tsd.) zu verzeichnen. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einschränkungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie im Jahr 2020 hinterließen auf dem Ausbildungsmarkt deutliche Spuren und aktuell steht der Ausbildungsmarkt konjunkturell bedingt erneut vor Herausforderungen (vgl. Abbildung IV.66).

Aus der Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage ergeben sich im Vergleichszeitraum der Jahre 1992 bis 2025 sowohl Angebots- als auch Nachfrageüberhänge, wobei seit dem Jahr 2008 das Angebot höher als die Nachfrage liegt. Insgesamt gab es zum Ende des Ausbildungsjahres 2025 mit 54.385 deutlich mehr unbesetzte Ausbildungsstellen als unversorgte Bewerber*innen (ohne Alternative, 2025: 39.868). Betrachtet man jedoch die Zahl der noch suchenden Bewerber*innen – der Unversorgten plus derjenigen mit einer Alternative zur Ausbildung, die aber weiter eine Ausbildungsstelle suchen – dann liegt die Zahl mit 84.358 Suchenden deutlich über der Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen.

Betrachtet man die Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage nach Ost- und Westdeutschland, zeigt sich für Westdeutschland seit dem Jahr 2008, dass das Angebot höher ist als die Nachfrage. Speziell in Ostdeutschland bestand allerdings bis zum Jahr 2010 ein deutlicher Nachfrageüberhang und erst seit dem Jahr 2011 kann von einem Angebotsüberhang gesprochen werden, der aber vor allem durch einen starken Rückgang in der Nachfrage begründet ist (vgl. Abbildung IV.99).

Wie die Abbildung zeigt, wird das Ausbildungsstellenangebot nicht zuletzt durch konjunkturelle Faktoren und die Lage auf dem Arbeitsmarkt insgesamt beeinflusst. So ist im Jahr 2009 in Folge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, im Jahr 2020 in Folge der Einschränkungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie sowie zuletzt aufgrund der nachlassenden Konjunktur die Zahl der angebotenen Stellen deutlich gesunken.

Angebots-Nachfrage-Relation

In Anlehnung an § 86 Absatz 2 Berufsbildungsgesetz (BBiG) wird das „Angebot an Ausbildungsstellen“ im Berufsbildungsbericht ausgewiesen als die Zahl der „neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge“ zuzüglich der bei der Bundesagentur für Arbeit „gemeldeten noch unbesetzten Ausbildungsplätze“. Die „Nachfrage“ errechnet sich aus der „Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge“ und den bei der BA gemeldeten noch „unversorgten Bewerber*innen“. Als Indikator zur Bewertung der Ausbildungsmarktsituation wird dabei auf die „Angebots-Nachfrage-Relation“ (ANR) zurückgegriffen.

Rein rechnerisch ist bei einem Wert von 100 % ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage gegeben. Dabei wird jedoch eine Passgenauigkeit von Angebot und Nachfrage unterstellt und den Anspruch von Wahlmöglichkeiten unberücksichtigt gelassen. Um ein realistischeres Bild zu erhalten, wird im Berufsbildungsbericht der Bundesregierung von dem Kriterium eines *auswahlfähigen* Angebotes ausgegangen. Dieses liegt vor, wenn die ANR 112,5 % beträgt – also ein Verhältnis von 112,5 Stellen auf 100 Bewerber*innen vorliegt (s. horizontale Markierung in der Abbildung). Zwar stieg die ANR seit dem Jahr 2006 bis zum Jahr 2022 an, jedoch wies auch im Jahr 2022 der Ausbildungsmarkt nach diesem Kriterium mit einem Wert von 109,3 % kein auswahlfähiges Angebot auf. Seitdem sinkt der Wert sogar wieder leicht und liegt aktuell bei 102,8 %.

Mit der traditionellen Nachfragedefinition wird die Zahl der ausbildungssuchenden Jugendlichen nicht vollständig abgebildet. Daher weisen der Berufsbildungsbericht und der Nationale Bildungsbericht seit einigen Jahren auch eine „erweiterte“ Nachfragedefinition aus, die neben den unversorgten Bewerber*innen auch Jugendliche einbezieht, die zwar eine Alternative zu einer Ausbildung begonnen haben (zum Beispiel berufsvorbereitende Maßnahme, Praktikum), aber weiterhin eine Vermittlung in eine Ausbildung wünschen. Sie sind damit „versorgt“, jedoch weiterhin suchend. Nach dieser Definition liegt die Nachfrage im Jahr 2025 um immerhin etwa 44 Tsd. Personen höher. Somit fällt die erweiterte ANR mit bundesweit 94,7 % deutlich ungünstiger aus als die traditionelle ANR.

Die bundesweite Angebots-Nachfrage-Relation verdeckt, dass Deutschland in eine Fülle von regionalen und beruflichen Teilmärkten zerfällt. So herrscht ein Ausbildungsplatzmangel vor allem in strukturschwachen Regionen und Städten mit hoher Arbeitslosigkeit im Westen und Norden Deutschlands. Dagegen sieht man in ökonomisch prosperierenden Regionen (überwiegend in Süddeutschland) oder Regionen mit demografisch bedingt wenig Jüngeren (überwiegend in Ostdeutschland) eine eher positive Angebots-Nachfrage-Relation. Damit wird auch deutlich, dass die Angebots-Nachfrage-Relation durch verschiedene Faktoren beeinflusst wird.

Die Angebots-Nachfrage-Relation ist zudem nur ein Faktor zur Beschreibung des Ausbildungsmarktgeschehens. Auf Passungsprobleme kann bspw. über diese Quote kaum geschlossen werden.

Entstehung von Angebot und Nachfrage

Höhe und Entwicklungstrend der Ausbildungsstellennachfrage werden von demografischen Faktoren (Besetzungsstärke der Schulabschlussjahrgänge) und von den Bildungsentscheidungen bestimmt. So haben der Rückgang der nachrückenden Kohorten (vgl. Abbildung VIII.1). und auch die starke Orientierung auf ein Studium (vgl. Abbildung IV.132) dazu geführt, dass die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen gesunken ist (vgl. Abbildung IV.130). Die Nachfrage nach beruflicher Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen orientiert sich zunehmend an einem breiteren Spektrum von Bildungsmöglichkeiten und hat sich auch in biografischer Hinsicht entstandardisiert. Die berufliche Ausbildung wird nicht mehr ausschließlich als eine einzelne Station im Lebenslauf begriffen, in der einmal ein „Beruf für das Leben“ erlernt wird und einmal getroffene berufliche Entscheidungen nicht mehr korrigiert werden können. Vielmehr können sich Phasen der Aus- und Weiterbildung, Erwerbstätigkeit und Nichterwerbstätigkeit abwechseln.

Demgegenüber wird das Ausbildungsstellenangebot durch die Entscheidungen der Betriebe beeinflusst. Von Bedeutung ist, welche Betriebe in welchen Branchen, in welchen Regionen und in welcher Intensität Ausbildungsplätze anbieten. Diese Entscheidungen werden durch eine ganze Reihe von Faktoren beeinflusst. Auf der einen Seite erweist sich die berufliche Ausbildung für die Betriebe mittel- und längerfristig als ökonomisch vorteilhaft, denn sie erlaubt es, für den eigenen Fachkräftenachwuchs zu sorgen und damit gleichzeitig die Kosten für spätere externe Personalgewinnung einzusparen. Zudem führt die erbrachte Arbeit der Auszubildenden zu Erträgen. Auf der anderen Seite entstehen den Betrieben durch die Ausbildung Kosten, die berücksichtigt werden müssen. Dies betrifft die Personalkosten in Form von Ausbildungsvergütungen, Sozialleistungen und Kosten für die Ausbilder*innen. Weiterhin entstehen Kosten für die Bereitstellung eines Arbeitsplatzes sowie von Arbeitswerkzeugen, -kleidung oder -materialien. Für den Betrieb ist es also immer auch eine Kosten-Nutzen-Analyse, ob er Ausbildungsplätze anbietet. Allerdings sind neben den Kosten- und Nutzenerwägungen auch andere Aspekte zu berücksichtigen: So spielen Traditionen, z.B. Ausbildung im Handwerk, Imagegewinne bei Kund*innen und Geschäftspartner*innen und auch die soziale Verantwortung von Betrieben und Unternehmen gegenüber jungen Menschen eine Rolle.

Wie die rückläufige Ausbildungsbetriebsquote erkennen lässt, zogen sich trotz der für lange Zeit guten Konjunktur- und Beschäftigungslage in den vergangenen Jahren immer mehr Betriebe aus der betrieblichen Berufsausbildung zurück (vgl. Abbildung IV.133) Dahinter stehen Verschiebungen in der Wirtschafts- und Beschäftigtenstruktur aber auch, dass es unter dem steigenden Wettbewerbsdruck schwieriger wird, die Berufsausbildung am langfristigen, gesamtwirtschaftlich erforderlichen Bedarf und nicht am kurzfristigen Planungshorizont zu orientieren.

Methodische Hinweise

Die Daten der Berufsbildungsbericht stammen zum einen aus der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit und zum anderen aus Erhebungen des Bundesinstituts für Berufsbildung. Bei dem Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2026 handelt es sich um eine Vorabversion mit Stand vom 06.05.2026.

Angaben ab 2009 inklusive kommunaler Träger. Zudem sind die Werte ab 2009 bedingt durch verschiedene Datenrevisionen nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quellen

Bundesinstitut für Berufsbildung (2026): Datenreport zum Berufsbildungsbericht, Tabelle A1.1.1-3, Tabelle A1.1.2-1. und Tabelle A1.1 (für das Jahr 2025)

Bundesinstitut für Berufsbildung (2023 - 2025): Datenreport zum Berufsbildungsbericht, Tabelle A1.1.1-3 (je für ein Jahr, 2022 - 2024)

Bundesinstitut für Berufsbildung (2022): Tabellen zum Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2022 im Internet, Tabelle A1.1.1-1 (für die Jahre 2009-2021)

Bundesinstitut für Berufsbildung (2009): Datenreport des BIBB zum Berufsbildungsbericht 2009, Tabelle A1.1-3 (für die Jahre 1992-2008)

Stand der Bearbeitung: 30.07.2026